

Rathaus, Zi. 49  
Willy-Brandt-Platz 2-6  
D-44777 Bochum

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Rolf van Raden

Telefon: 0234 – 910 1916  
Fax: 0234 – 910 1297  
E-Mail: [presse@linksfraktionbochum.de](mailto:presse@linksfraktionbochum.de)  
Internet: [www.linksfraktionbochum.de](http://www.linksfraktionbochum.de)

Presseinformation, 05.07.2018

## **Für bezahlbare Mieten und mehr Mitbestimmung: Die VBW muss gemeinnützig werden!**

**Die Stadt Bochum soll die neuen Mehrheitsverhältnisse in der VBW Bauen und Wohnen GmbH nutzen, um das Unternehmen zu einer gemeinnützigen Gesellschaft umzustrukturieren – das fordert die Bochumer Linksfraktion. Auf der Ratssitzung am Donnerstag, den 12. Juli sollen die Ratsmitglieder über eine Änderung des Gesellschaftsvertrags abstimmen.**

79,54 Prozent – so groß ist seit Beginn dieses Jahres der Anteil der städtischen Tochtergesellschaften Stadtwerke und Sparkasse an dem Wohnungsunternehmen VBW. „Die Stadt verfügt damit endlich über eine Gestaltungsmehrheit“, sagt Ratsmitglied Horst Hohmeier von den LINKEN. „Angesichts steigender Mieten und den großen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt sollte die Stadt diese Mehrheit jetzt auch nutzen. Viele andere Kommunen haben ihre Wohnungsgesellschaft bereits auf gemeinnützige Ziele verpflichtet und machen damit sehr gute Erfahrungen.“

Die Linksfraktion beantragt daher, parallel zur Änderung des Gesellschaftsvertrags den Umbau der VBW zu einem gemeinnützigen Unternehmen einzuleiten: Mieten sollen nach dem Kostendeckungsprinzip errechnet und Gewinnausschüttungen an die Anteilhaber auf maximal 2 Prozent begrenzt werden. Das Unternehmen soll verpflichtet werden, weitere mögliche Überschüsse zu investieren: in den Bestand, in den Neubau oder in die Senkung von Mieten. Außerdem soll der Gesellschaft verboten werden, Wohnungen an nicht gemeinnützige Träger zu verkaufen, also zu privatisieren. Weiter sollen Mieter\*innenbeiräte zur demokratischen Mitbestimmung eingeführt werden.

„Eine gemeinnützig handelnde Wohnungsgesellschaft kann in Bochum einen echten Unterschied machen“, sagt Horst Hohmeier. „Die von uns vorgeschlagenen Änderungen sorgen dafür, dass niemand hohe Gewinne abschöpft, sondern dass die öffentlichen Fördermittel den Menschen in unserer Stadt direkt und dauerhaft zugutekommen. So können wir den Anstieg des Mietpreisniveaus in Bochum stoppen und auch dafür sorgen, dass mehr bezahlbare Wohnungen entstehen.“

Die Beschlussvorlage der Verwaltung sieht für die Ratssitzung bisher lediglich vor, den VBW-Gesellschaftsvertrag an die neuen Mehrheitsverhältnisse anzupassen. So erhält die Stadt sechs der neun Aufsichtsratssitze, die Sparkasse einen weiteren. Grundlegende Entscheidungen benötigen eine Dreiviertel-Mehrheit in der Gesellschafterversammlung, über welche die städtischen Tochtergesellschaften nun zusammen verfügen.

*Den Antrag der Linksfraktion finden Sie anbei.*